

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 23.06.2005 um 18.15 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Mahlmeister

Stadträtin Sagol

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux

Stadtrat Rank

Stadtrat Schardt

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Ley

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner (zu TOP 1)

Amtsrat Teichmann (bis TOP 7)

Dipl.-Ing. Lepelmann

Dipl.-Ing. Richter (zu TOP 6)

Frau Schmöger

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellte Kohlhepp

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat Jeschke

Stadträtin Schwab

Stadtrat Müller

Stadtrat Haag

Stadtrat Konrad

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Kunstaussstellung in der Rathaushalle 2006; hier: Marc ChagallA) Stellungnahmen der Referenten und Fraktionen/Gruppena) SPD-Stadtratsfraktion

Kulturreferentin Dr. Endres-Paul spricht sich persönlich und im Namen der Fraktion für die Ausstellung aus. Die kostenlose Überlassung der Rathaushalle werde sicherlich vom Imagegewinn dieser Ausstellung aufgehoben.

b) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein macht die überregionale Bedeutung deutlich und gibt ebenfalls seine Zustimmung.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Schmidt erteilt ebenfalls die Zustimmung.

d) FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Wachter schließt sich den Aussagen der Vorredner an.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Popp spricht sich ebenfalls für die Ausstellung aus und fragt nach, ob es eine Überschneidung mit der danach folgenden PAM-Ausstellung gebe. Dies verneinte Amtsrat Hartner, Chagall gehe bis 16.07. und PAM beginne am 20.07.2005. Weiterhin möchte er wissen, aus was sich die Kosten (2.000 €) zusammensetzen würden und ob die Aufsicht auch am Wochenende gewährleistet sei. Amtsrat Hartner beantwortet die Kosten mit Bauhofleistungen, Ausstellungseröffnung, Plakatierung und dergleichen. Um die Aufsicht kümmere sich der Aussteller selber.

f) ÖdP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt gibt ebenfalls die Zustimmung bekannt.

B) Stadträtin Wallrapp erinnert daran, dass dem Aussteller die Plakatierung durch die Fa. Tiefenbacher angeboten werden solle.

C) - **Mit 26 : 0 Stimmen –**

1. Mit der Durchführung einer Chagall-Ausstellung in der Rathaushalle im Zeitraum von März bis Juli 2006 besteht Einverständnis.
2. Die Rathaushalle wird unentgeltlich zur Verfügung gestellt, der Ansatz auf der HH-Stelle 0.3000.7170 entsprechend erhöht.
3. Für die Durchführung der Ausstellung werden pauschal 2.000 € (außerhalb des Budgets) bereitgestellt.

2. B-Plan Nr. 36 „Schwarzacher Straße Nord / Gartenstraße“; Überarbeitung des Planungskonzepts / Weiteres Vorgehen;

A) Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt anhand einer Folie.

B) Stellungnahmen des Referenten und Fraktionen / Gruppen

- a) Stadtentwicklungsreferent Schardt lobt die gute Arbeit der Planer und empfindet diese Entwicklung gut für Etwashausen.
- b) SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene spricht sich zustimmend für den Vorschlag aus.
- c) CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Weiglein betont ebenfalls die hervorragende Arbeit des Bauamtes und stimmt zu.
- d) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Schmidt merkt an, dass es zwar ein schöner Plan sei, jedoch keinesfalls realisierbar. Es werde keine Zustimmung erteilt.
- e) FBW-Stadtratsfraktion
Stadträtin Wallrapp empfindet die Planung sehr angenehm. Sie erinnert gleichzeitig noch mal an den Grundsatz-Beschluss zur Bodenpolitik. Die FBW werde ihre Zustimmung erteilen.
- f) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp möchte wissen, ob bereits eine Schallschutzuntersuchung vorliege, oder heute nur aufgrund eines Zwischenergebnisses abgestimmt werde. Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert kurz, dass die bisherigen Ergebnisse Grundlagen für die heutige Vorlage waren. Wenn die Planung beschlossen wurde, werde das Büro die Berechnungen fertig stellen.
- g) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt gibt keine Zustimmung zu dem B-Plan.

C) Stadtrat Straßberger merkt noch an, dass zum Parkplatz noch ein Lärmschutz eingeplant werden solle.

2. Bürgermeisterin Gold vertritt die Auffassung, dass eine Anliegerversammlung abzuhalten sei.

D) - Mit 19 : 7 Stimmen –

- 1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – sowie vom mündlichen Vortrag des Büros Haas u. Schubert wird Kenntnis genommen.
- 2. Es besteht Einverständnis, das Aufstellungsverfahren zum B-Plan Nr. 36 „Schwarzacher Straße Nord/Gartenstraße“ auf der Grundlage der Vorplanung i.d.F. v. 07.06.05 zu betreiben. Der STR-Beschluss vom 25.11.04 wird insofern korrigiert.
- 3. Das weitere Vorgehen ist so zu terminieren, dass das Aufstellungsverfahren unmittelbar nach der Sommerpause 2005 beginnen kann.

3. Vollzug des Bundesimmissionsschutzgesetzes; Errichtung einer Biogasanlage Fl.Nr. 137, Geisspitze, Gemarkung Klosterforst; Antragsteller: Fa. Biogas Kitzingen GmbH

A) Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

B) Stellungnahmen der Referenten und der Fraktionen / Gruppen

- a) Stellungnahme Stadtentwicklungsreferent
Stadtentwicklungsreferent Schardt sieht hierzu keine Bedenken.
- b) Stellungnahme Umweltreferentin
Stadträtin Wallrapp befürwortet die Anlage, da alternative Energien gefördert würden.
- c) SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene schließt sich im Namen der Fraktion den Worten von Stadträtin Wallrapp an. Die Fraktion werde hier zustimmen, er persönlich sei dagegen.
- d) CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Weiglein hält die Biogasanlage für nicht genehmigungsfähig.
- e) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Schmidt hält auch die erneuerbaren Energien für besser und gibt die Zustimmung bekannt.
- f) FBW-Stadtratsfraktion
Stadträtin Wachter schließt sich den Zustimmungen an.
- g) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp könne im Namen der KIK ebenfalls zustimmen.
- h) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt spricht sich ebenfalls für die Biogasanlage aus.

C) - **Mit 7 : 19 Stimmen –**

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
Die Zustimmung der Stadt Kitzingen zur Errichtung einer Biogasanlage auf Fl.Nr. 137, Geisspitze, Gmkg. Klosterforst, durch Fa. Biogas Kitzingen GmbH wird wegen der fehlenden Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB sowie fehlender Erschließung nicht erteilt.

D) - **Mit 19 : 6 Stimmen -**

Die Zustimmung der Stadt Kitzingen zur Errichtung einer Biogasanlage auf Fl.-Nr. 137, Geisspitze, Gmkg. Klosterforst, durch Fa. Biogas Kitzingen GmbH wird wegen der fehlenden Privilegierung nach § 35 (2) BauGB unter Auflagen insbesondere zur Erschließung, Biomasse-Herkunft, Rückbauverpflichtung u. ä. erteilt (s. Sachvortrag).

4. BGV-Nr. 107/01 Tektur
Nutzungsänderung bestehenden Glasgewächshaus zu Glashaus mit Nutzung für Ausstellung, Verkauf und Bewirtung, sowie Gartenpavillon mit Ausschank und Sommergar-

ten mit Bewirtung, Gartenstr. 1, Fl.-Nrn. 6767 und 6763/2 (gepl. Parkplatz); Antragsteller: Herr Hartner, Kitzingen; Ergänzung zur Stadtratssitzung vom 07.04.2005 i. S. Stellplätze (Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerbereich.)

A) Dipl.-Ing. Lepelmann verweist auf die Zustimmung des Vorhabens in der April-Sitzung.

Lediglich die Stellplatzanordnung war nicht geklärt. Die Genehmigung solle begrenzt bis zur Rechts-Gültigkeit des Bebauungsplanes erteilt werden.

B) Stellungnahmen der Fraktionen / Gruppen

a) SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Heisel gibt die Zustimmung bekannt, da keine andere Wahl bliebe.

b) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein könne zustimmen, wenn Herr Hartner zu dem unter TOP 2 beschlossenen B-Plan keine Einwendungen einlege. Berufsm. Stadtrat Stoppel könne dies jedoch nicht ausschließen. Er könne innerhalb des Verfahrens jederzeit Einspruch einheben.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Ley gibt die Zustimmung der UsW bekannt.

d) FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Wachter stimmt ebenfalls zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Popp: *Stellungnahme konnte nicht nachvollzogen werden. War in Sitzung nicht verständlich und auf Tonband ebenso nicht.*

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt schließt sich den Vorrednern an.

C)- Mit 4 : 18 Stimmen –

Dem Finanzausschuss-Beschluss vom 28.04.2005 wird zugestimmt und er wird zum Stadtratsbeschluss erhoben.

D) - Mit 23 : 0 Stimmen -

Es besteht Einverständnis mit folgendem Auflagen-Wortlaut hinsichtlich der Befristung i.S. „Stellplätze“:

„Die Baugenehmigung ist für die Stellplätze auf den Fl.Nrn. 6764 u. 6763/2 befristet bis zur Rechtskraft eines B-Plans, mit dem die o.a. Stellplätze unter Umständen nicht vereinbar sind.

In diesem Fall sind die Stellplätze an geeigneten Standorten im Geltungsbereich des o.a. B-Plans oder außerhalb, in angemessener Entfernung und entsprechend Art. 52 BayBO – nach vorheriger Genehmigung –, herzustellen.“

Damit wird die Vereinbarung vom 30.01.03 hinfällig.

5. Beschluss zur Errichtung von 10 Stellplätzen und 4 Garagenplätzen; Fl.Nr. 23, „Im Eigen“, Kitzingen-Hohenfeld; Information

- A) Dipl.-Ing. Lepelmann informiert, dass die beteiligten Nachbarn die Möglichkeit gehabt hätten, sich bis zum 20.05. zu äußern. Bereits im 12.05. wurde der Stadtrat gebeten eine Entscheidung zu treffen. Grund hierfür waren bereits Schreiben, die im Vorfeld von den Nachbarn eingereicht wurden, die auch eine Negativaussage enthielten. Nachdem ein Widerspruch vorlag, war die Verwaltung der Auffassung, dass der Punkt zur Entscheidung bereits vor dem 20. vorgelegt werden könne.

Stadträtin Richter richtet die Frage an Frau Schmöger, wie es rechtlich gestellt sei, wenn die Entscheidung vor Ablauf der Widerspruchsfrist der Nachbarn gefällt werde. Frau Schmöger erwidert, dass es sich bei der Bürgerbeteiligung um eine reine Formsache handle und nicht dazu führe, dass die Baugenehmigung rechtswidrig werde. Den Nachbarn stehe immer noch das Recht zum Widerspruch zu.

Einzelne Stadträte machen ihrem Unmut Luft, dass die Entscheidung dem Stadtrat vor Ablauf der Frist vorgelegt wurde. Der Eindruck auf den Bürger sei nicht sehr positiv für die Verwaltung.

2. Bürgermeisterin Gold bittet um Klärung, ob das Nachtfahrverbot, das die Regierung in ihrem Schreiben erwähnte, wirklich im Stadtrat beschlossen wurde. Dipl.-Ing. Lepelmann teilt mit, dass unter Punkt 2 mit dem Wort Betriebszeiten auch das Nachtfahrverbot eingeschlossen sei.

Stadtrat Schmidt stellt den Antrag, dass der Beschluss vom 12.05.2005 aufgehoben werde und dem Stadtrat noch mal zur Beratung vorgelegt werde.

Dem stimmen andere Stadträte zu.

Stadtrat Weiglein bemerkt, dass dies heute nur als eine Information anzusehen sei und der Punkt bei der nächsten Tagesordnung des Stadtrats noch mal vorgelegt werden solle. Stadtrat Schmidt bittet jedoch trotzdem um Abstimmung.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

6. Bypass zum Stadtgraben und Erneuerung Auslaufkanal RÜB 202; Auftragsvergabe

- Mit 22 : 0 Stimmen -

Den Auftrag für die Kanalbaumaßnahme „Bypass zum Stadtgraben und Erneuerung Auslaufkanal RÜB 202“ erhält der preisgünstigste Bieter der öffentlichen Ausschreibung vom 31.05.2005, die Firma Adam Tasch, Schweinfurt in Höhe der Angebotssumme mit Wertung der Nebenangebote 2, 3, 4 und 5 von 1.608.044,24 € incl. 16 % MWSt.

7. Beauftragung eines Projektentwicklungs-Büros für die Konversionsflächen

- A) Berufsm. Stadtrat Groß weist auf den neu hinzugefügten Punkt 3 hin.

2. Bürgermeisterin Gold beantragt, den Flugplatz mit aufzunehmen.

Es entsteht eine Diskussion darüber, in welcher Form der Flugplatz im Beschluss mit einbezogen werden soll.

B) - Mit 22 : 0 Stimmen -

1. Der Vertrag mit dem Projektentwicklungs-Büro wird – in Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken – zunächst auf zwei Jahre, beginnend ab Vertragsunterzeichnung, befristet.

2.2. Der Auftrag wird erteilt dem Büro Drees & Sommer Entwicklungsmanagement GmbH, Obere Waldplätze 13, 70569 Stuttgart. Der Leistungsumfang gemäß Angebot vom 8.6.2005 beträgt:

2.2.1. Zieldefinition und Strategieentwicklung

2.2.2 Bestandsaufnahme und –analyse der Liegenschaften

2.2.3. Markt- und Standortanalyse (gilt auch für den Flugplatz)

2.2.4. Ausarbeitung erster Nutzungskonzeptionen in Alternativen (gilt auch für den Flugplatz)

2.2.5. Städtebauliche Rahmenplanung

2.2.6. Ausarbeitung modularer Stufenkonzepte

2.2.7. Ausarbeitung eines Gesamttermingerüsts

2.2.8. Aufstellung der Wirtschaftlichkeitsberechnung als Cash-flow-Betrachtung

2.2.9. Organisations- und Durchführungsmodelle

2.2.10 Handlungsempfehlungen

Die Auftragssumme beträgt 84.700,- € zuzüglich Nebenkosten (7 v. H. des Pauschalhonorars) und Mehrwertsteuer, d. s. insgesamt (84.700,- € plus 5.929,- € plus 14.500,64,- € =) 105.129,64 €.

Ggf. sind weitere Leistungen (Investorensuche / Mithilfe bei der Vermarktung) noch gesondert zu vergüten.

3. Der Vertrag mit dem Büro ist modular abzufassen, d. h., dass es der Stadt Kitzingen möglich sein muss, einzelne Bausteine aus dem Angebot abzurufen und die Projektentwicklung jederzeit (also auch vor Ablauf der Zweijahresfrist) zu beenden.

Der endgültige Vertragstext ist dem Stadtrat noch einmal zur Beschlussfassung vorzulegen.

8. Neubau der Richard-Rother-Realschule in Kitzingen, Außenanlagen und öffentliche Verkehrsflächen

- Mit 22 : 0 Stimmen -

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die Stadt Kitzingen stimmt dem Neubau einer Bushaltestelle durch den Landkreis Kitzingen auf der Nordwestseite der Glauberstraße zu. Die Herstellungskosten trägt der Landkreis. Die neu errichtete Haltestelle wird der Glauberstraße zugemessen und fällt somit zukünftig in die Baulast der Stadt Kitzingen. Die Kosten für die Verlegung des Gehwegs sind vom Landkreis zu tragen. Der Gehweg wird anschließend dem Straßengrundstück zugemessen und fällt in die Baulast der Stadt Kitzingen.

3. Der Verbindungsweg zwischen der Adalbert-Stifter-Straße und der Glauberstraße bleibt Privatweg des Landkreises.

9. Generalinstandsetzung D.-Paul-Eber-Hauptschule Kitzingen

A) Berufsm. Stadtrat Rodamer erläutert anhand von Folien verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung, nachdem er auf das in der Finanzplanung vorhandene Finanzloch

von rd. 1 Mio. € hingewiesen hat. Er regt an, auf der Ausgabeseite nach Kürzungsmöglichkeiten zu suchen. Vor der Schließung des Finanzlochs über weitere Kreditaufnahmen mahnt er ausdrücklich.

B) Stellungnahmen der Referentin und der Fraktionen / Gruppen

a) Stellungnahme der Kulturreferentin

Kulturreferentin Dr. Endres-Paul hält die Sanierung der Schule für sehr wichtig.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Heisel hält die Sanierung ebenfalls für notwendig und solle auf keinen Fall weiter hinausgezögert werden. Die Maßnahme sei jedoch so günstig wie möglich zu halten.

c) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein könne bei der derzeitigen Finanzlage keine Zustimmung geben.

d) UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Schmidt könne ebenfalls keine Zustimmung geben, solange nicht die Diskussion der Ganztagesklassen und des Speisesaals geklärt seien.

e) FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Wachter vertritt die Auffassung die Maßnahme nicht zu verschieben. Eher sollten die Standards heruntergefahren werden.

f) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Popp nicht mehr anwesend.

g) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt widerspricht auch einer Maßnahmenverschiebung. Eher solle die Nordtangente geschoben werden.

C) Oberbürgermeister Moser nimmt den Punkt von der Tagesordnung. Im Juli wird hierüber erneut entschieden.

10. B-Plan Nr. 72 „Steigweg“; Änderung / Anpassung des Planungskonzeptes; weiteres Vorgehen

- Mit 21 : 1 Stimmen -

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht grundsätzlich Einverständnis, den rechtskräftigen B-Plan Nr. 72 „Steigweg“ i.d. F. v. 20.09.96 gemäß dem Vorschlag des Büros Steng-Aßmann (Fassung v. 15.04.05) vereinfacht zu ändern.
Zuvor sind die Fragen der Beteiligung und die des abzuschließenden Erschließungsvertrages zu klären. Der Stadtrat ist vom Ergebnis zu unterrichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Verhandlungen zu führen und nach Information des Stadtrats das Verfahren gem. § 13 BauGB einzuleiten.

11. Aussetzung der Stellplatzablösung in der Altstadt; Umsetzungsproblematik / weiteres Vorgehen

- Mit 23 : 0 Stimmen -

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 - wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 07.10.04 zur 3-jährigen Aussetzung der Stellplatzablässe in der Altstadt gem. Variante c zu handhaben:

Aussetzung der Stellplatzablässe, keine „Nachzahlung“ aber auch keine Anrechnung als „Bestandsplätze“ bzw. Bildung von „Stellplatzguthaben“

- keine Aufnahme in den Baubescheid -

12. Information von Oberbürgermeister Moser bezügl. Dorferneuerung

Oberbürgermeister Moser informiert, dass die Arbeiten zur Dorferneuerung Etwashausen Anfang Juli beginnen. Die Ergebnisse der Ausschreibungen werden noch mitgeteilt.

13. Frage von Stadträtin Wallrapp bezügl. Beginn Bauarbeiten Bypass

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, wann die Bauarbeiten für den Bypass beginnen.

Berufsm. Stadtrat Groß antwortet, dass diese im Juli beginnen sollen. Stadträtin Wallrapp macht darauf aufmerksam, dass im Juli/August Ferienreiseverkehrsverbot für LKW's an Samstagen auf der Autobahn sei und noch mehr Verkehr durch Kitzingen fahre. Dies solle dabei beachtet werden.

14. Frage von Stadträtin Richter bezügl. Dorferneuerung Repperndorf

Stadträtin Richter möchte wissen, ob die Firma die beauftragt wurde, schon tätig geworden sei. Dipl.-Ing. Lepelmann hat die Ergebnisse der „Direktion für ländliche Entwicklung“ geschickt. Er fragt bei Herrn Engelhardt noch mal nach und unterrichtet den Stadtrat wieder.

15. Frage von Stadtrat Weiglein bezügl. Waschstraßen

Stadtrat Weiglein möchte wissen, ob das Gesetz zur Öffnung von Waschstraßen an Sonntagen schon entschieden sei.

Oberbürgermeister Moser informiert, dass das Gesetz noch nicht im Landtag gewesen sei.

16. Anmerkung von Stadtrat Weiglein bezügl. Dorferneuerung

Stadtrat Weiglein bittet darum, den Anliegern der Mainbernheimer Straße den zeitlichen Ablauf der Baumaßnahmen bekannt zu geben. Speziell die Gemüseverkäufer müssten einbezogen werden.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, auf die Anlieger diesbezüglich zuzugehen.

17. Anregung von 2. Bürgermeisterin Gold bezügl. Ampelanlage Kroneneck

2. Bürgermeisterin Gold macht darauf aufmerksam, dass die Ampelanlage am Kroneneck, Etwashausen, abgeschaltet werden könne, da der Verkehr sowieso nur in eine Richtung fließen könne.

Oberbürgermeister Moser sagt eine Prüfung zu.

18. Antrag von Stadträtin Schmidt bezügl. Öffnungszeiten Volksbegehren

Stadträtin Schmidt teilt mit, dass bezüglich ihres Antrages über die Öffnungszeiten für das Volksbegehren bereits eine Einigung mit dem Leiter, Herrn Engelbrecht, erzielt wurde.

19. Frage von Stadtrat Mahlmeister

Stadtrat Mahlmeister fragt nach dem Parkverbot in der Flugplatzstraße.

Oberbürgermeister Moser berichtet, dass bereits ein konstruktives Gespräch mit einem Vertreter der Anlieger stattgefunden habe und das Parkverbot nicht auf Dauer vorgesehen sei.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.05 Uhr.

gez.

Oberbürgermeister

gez.

Protokollführerin